



II-2842 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien 31. August 1981

Zl.: 10.101/83-I/5/81

1336 IAB

1981 -09- 02

zu 1370J

Schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 1370/J der Abgeordneten Dr. Offenbeck,
Rechberger, Kokail, Fauland, Steinhuber
und Genossen betreffend Maßnahmen für das
Bundesland Steiermark während der ersten
Hälfte der laufenden Legislaturperiode

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage
Nr. 1370/J, welche die Abgeordneten Dr. Offenbeck, Rechberger,
Kokail, Fauland, Steinhuber und Genossen am 9. Juli 1981 an
mich richteten, lege ich in der Beilage eine Zusammenstellung
der Leistungen vor, die von meinem Ressort in der ersten Hälfte
dieser Legislaturperiode für das Bundesland Steiermark erbracht
wurden.

Beilage

Maßnahmen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie für das Bundesland Steiermark während der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode

Industriepolitik

Als vordringlichste Aufgabe im Rahmen der Industriepolitik wird von meinem Ressort die Stärkung der Leistungsfähigkeit der österreichischen Industrie durch Verbesserungen ihrer Struktur angesehen.

So wurden im Rahmen der Förderungsaktion für die Zellstoff- und Papierindustrie während der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode Förderungszusagen für Investitionsprojekte in der Höhe von 157,19 Mio. S erteilt, die Zinsstützungen für Kredite in der Höhe von 127,5 Mio. S zum Gegenstand haben.

Im Rahmen der Textil-, Bekleidungs- und Lederförderungsaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurden im selben Zeitraum insgesamt Investitionen in der Höhe von 159,28 Mio. S gefördert. Hievon entfallen auf den Textilsektor 98,25 Mio. S, auf den Bekleidungssektor 1,63 Mio. S und auf den Ledersektor 59,4 Mio. S. Die zugesagten Investitionszuschüsse für diese Investitionen betragen 10 % der genannten Summen.

Im Rahmen der Förderung nach dem Stärkeförderungs-gesetz 1969 wurden für Unternehmen im Bundesland Steiermark vom 1. Juli 1979 bis 30. Juni 1981 59,8 Mio. S an Förderungsmitteln ausbezahlt.

Durch intensive Bemühungen konnten in den letzten Jahren zahlreiche österreichische Zulieferungen an ausländische Automobilkonzerne stimuliert werden. Mit der Steyr-Daimler-Puch AG in Graz wurde vertraglich vereinbart, 1.200 Stoßstangen/Tag zu galvanisieren. Daneben erzeugen die Joh. Pengg Draht- und Walzwerke Stahldraht, Schweißdraht u.a. für VW, Ford, Daimler-Benz, BMW

- 2 -

und Opel; Vogel & Noot liefert an die Geländewagenproduktion von Steyr-Puch und Daimler-Benz in Graz (indirekter Export) und die Eisenwerk Breitenfeld Ges.m.b.H. verkauft ihren Werkzeugstahl u.a. auch an den VW-Konzern. Nicht zu vergessen sind hier die Entwicklungen der AVL, Gesellschaft für Verbrennungskraftmaschinen und Meßtechnik Ges.m.b.H. (Prof. List), für ausländische Automobilkonzerne.

Durch die Vollziehung des Schrottenkungsgesetzes betreffend Eisenschrott und die Vollziehung des Außenhandelsgesetzes betreffend Eisenschrott und Nichteisenmetallschrott und -abfälle wurden laufend und werden auch weiterhin Maßnahmen gesetzt, um die Versorgung der in der Steiermark ansässigen Unternehmen und Betriebe der metallverarbeitenden Industrie mit Rohstoffen zu sichern.

Die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für Investoren soll sowohl der österreichischen Wirtschaft als auch potentiellen ausländischen Investoren durch Informations- und Vermittlungstätigkeit im Sinne eines Service für die Wirtschaft Investitions- und Standortentscheidungen erleichtern. Dabei wird versucht, durch die Ansiedlung wertschöpfungs- und wachstumsorientierter Produktionsbetriebe die regionale und sektorale Industriestruktur Österreichs in praxisnaher Form zu verbessern.

Hiebei arbeitet die Informationsstelle eng u.a. mit den in Frage kommenden Dienststellen der Länder, speziell auch den in verschiedenen Bundesländern bestehenden Betriebsansiedlungsgesellschaften, zusammen.

Neben dem aus obgenannter Tätigkeit sich ergebenden allgemeinen Nutzen konnten in der Vergangenheit auch für das Bundesland Steiermark durch Initiative bzw. Mitwirkung der Informationsstelle Erfolge erzielt werden.

- 3 -

Während der laufenden Legislaturperiode wurden bisher 5 Standort- bzw. Kooperationsangebote aus der Steiermark in Evidenz genommen und hiezu 35 Kontakte hergestellt.

Unabhängig davon ergab sich unter maßgeblicher Mitwirkung der Informationsstelle des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie eine Betriebsansiedlung in Altenmarkt an der Enns (Steirische Druckgußwerke), wo aufgrund gesicherter Aufträge für die deutsche Kfz-Industrie (VW, BMW) Druckgußteile erzeugt werden. Es wurden dadurch vorerst 30 neue Arbeitsplätze geschaffen; eine Aufstockung auf 70 Arbeitsplätze ist vorgesehen.

Diesem Betrieb, mit dessen Weiterentwicklung in Zukunft gerechnet werden kann (weitere Zulieferungsmöglichkeiten auch an das GM-Werk in Aspern), kommt angesichts der Randlage des Standortes und der erfolgten Schließung der Zellstoffabrik im benachbarten Weissenbach besondere strukturverbessernde Bedeutung zu.

Für die in wirtschaftlichen Entwicklungsgebieten der Steiermark gelegenen Betriebe soll aufgrund eines Übereinkommens mit der steirischen Landesregierung eine gemeinsame Beratungsaktion mit dem Land Steiermark unter Mitwirkung der bundesweiten Finanzierungseinrichtungen und der Arbeitsmarktverwaltung durchgeführt werden, sobald die vorgesehene Novellierung der Wirtschaftsförderungsgesetze des Landes effektuiert ist.

Im Rahmen des Regionalprogrammes für den politischen Bezirk Mürzzuschlag wurde ein Projekt der ARGE Mürztal-Forschungsgruppe Holzdesign mit einer Subvention in Höhe von 375.000,-- S unterstützt.

Anläßlich der im Herbst 1980 stattgefundenen Regionalenquete für die Obersteiermark, an der das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie durch Staatssekretär Albrecht vertreten war, wurden Initiativen in folgenden Bereichen gesetzt:

- 4 -

- + Innovation und Technologietransfer (Forschung und praxisnahe Beratung der Industriebetriebe).
- + Papier- und Zellstoffförderung (insbesondere Leykam-Werk Niklasdorf und Pöls).
- + Private Betriebe der Metallindustrie (bevorzugte Förderung; verstärkte Ausrichtung auf Kraftfahrzeugzulieferproduktion).
- + Förderung von konkreten Industrieprojekten, die von lokalen Regionalverbänden vorgeschlagen werden (z.B. Regionalverband Mürzzuschlag, Wirtschaftsförderungsverband für das mittlere Enns- und Paltental).
- + Investorenwerbung und Investorenberatung durch die Gebietskörperschaften bzw. ÖIAG, Beratungsaktionen über Förderungsmöglichkeiten von Investitionen (Bund, Land, gemeinsam).

Im Rahmen der Aktionen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie "Staatspreis für Wirtschaftswerbung" und "Staatspreis für Verpackung" wurden im Berichtszeitraum vier Unternehmungen aus der Steiermark für vorbildliche Leistungen auf dem Gebiete der Wirtschaftswerbung bzw. für vorbildliche Verpackungslösungen ausgezeichnet.

Förderung des Gewerbes und des Fremdenverkehrs

Die ständige Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe durch Modernisierung und Rationalisierung, die Erleichterung der Anpassung an die sich ändernden Gegebenheiten der nationalen und internationalen Märkte gehören zu den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten meines Ressorts.

Im Rahmen der einzelnen Förderungsaktionen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie für Gewerbe- und Fremdenverkehrsbetriebe entfielen im Zeitraum vom 1. Juli 1979 bis 30. Juni 1981 folgende Förderungen auf das Bundesland Steiermark:

- 5 -

Aktion	Anzahl	Beträge in Tausend S	
		geförd. Kreditvol.	Prämien/ Zweckzusch.
Kleingewerbekreditaktion der Bürgschaftsfonds Ges.m.b.H. (BÜRGES)	861	273,320	
Kreditaktion nach dem Gewerbestrukturverbesse- rungsgesetz 1969	335	543,755	
Gemeinsame Kleingewerbe- kreditaktion des BMFHGI, der Länder und der Landes- kammern (Bundesquote)			2,775
Förderungen von Betriebsneu- gründungen und -übernahmen	110	96,171	
Fremdenverkehrssonder- kreditaktion	280	181,378	
Fremdenverkehrsinvesti- tionskreditaktion ("Haus- aktion")	54	115,400	
ERP-Aktion für den Fremden- verkehr	13	53,300	
ERP-Ersatzaktion für den Fremdenverkehr	25	128,000	
Prämienaktion "Komfort- zimmer und Sanitärräume"	341		13,012
Prämienaktion "Jederzeit warme Küche"	388		4,332
Prämienaktion "Sanitärräume auf Campingplätzen"	6		911
Aktion nach dem Finanzaus- gleichsgesetz	53		7,910
Summe insgesamt	2.466	1.391,324	28,940

- 6 -

Für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode ist selbstverständlich eine Fortführung der Förderungsaktionen im Rahmen der Gewerbe- und Fremdenverkehrsförderung meines Ressorts geplant. Darüber hinaus hat das Handelsministerium eine noch bessere Abstimmung der Richtlinien dieser Förderungsaktionen, einschließlich der ERP- und ERP-Ersatzaktion sowie der Aktionen, die über die Bürgschaftsfonds Gesellschaft m.b.H. abgewickelt werden, eingeleitet und ist bemüht, im Zuge dieser Arbeiten durch Einarbeitung von neuen Förderungsschwerpunkten der wirtschaftlichen Weiterentwicklung Rechnung zu tragen.

Energiepolitik

Zur Erhaltung der Arbeitsplätze im steirischen Kohlenbergbau und mit Hinblick auf die Notwendigkeit der verstärkten Nutzung heimischer Rohenergiequellen wurde die Erschließung des neuen Großtagebaues Oberdorf so vorangetrieben, daß dort seit 1980 mit der Kohlegewinnung begonnen werden konnte. Die dort geförderte Braunkohle soll in einem zu diesem Zweck neu zu errichtenden Kraftwerksblock in Voitsberg zur Stromerzeugung genutzt werden. Dieses Wärmekraftwerk Voitsberg 3 ist auf eine Leistung von 330 MW ausgelegt mit einer vorgesehenen Jahreserzeugung von rund 1.200 GWh. Von den mit 3,3 Mrd. S präliminierten Gesamtkosten sind bis Ende 1980 700 Mio. S investiert worden. In den ERP-Wirtschaftsjahren 1979/80 und 1980/81 wurden für das Wärmekraftwerk Voitsberg 3 140 Mio. S an ERP-Mitteln bereitgestellt.

Der Österreichischen Draukraftwerke AG (ÖDK), die das Kraftwerk errichtet und in der Folge betreiben wird, wurde eine Aktienkapitalbeteiligung in der Höhe von 300 Mio. S zugesagt. Von den im Beamtenentwurf des Bundesfinanzgesetzes 1982 für Kapitalaufstockung des Verbundkonzerns vorgesehenen 320 Mio. S wird jedenfalls ein Teil der ÖDK für Voitsberg 3 zufließen.

- 7 -

Zur Aufschließung des Kohle-Großtagebaues Oberdorf wurden seit dem ERP-Wirtschaftsjahr 1976/77 durch 5 Jahre hindurch jährlich 50 Mio. S ERP-Mittel zur Verfügung gestellt. In der laufenden Legislaturperiode sind somit die beiden letzten Jahresquoten in Höhe von insgesamt 100 Mio. S flüssig gemacht worden.

Für die Errichtung eines Kleinkraftwerkes und zwar des Speicherkraftwerkes Ramsaubach wurden im ERP-Wirtschaftsjahr 1980/81 10 Mio. S für die Stadtwerke Eisenerz Ges. m.b.H. verfügbar gemacht. Dem selben Unternehmen wurde für das ERP-Wirtschaftsjahr 1982/83, nach Möglichkeit der vorhandenen Mittel, eine Zuteilung für die Errichtung des Laufkraftwerkes Erzbach in Aussicht gestellt.

Aus der vorhandenen Quote Energie des Jahres 1981/82 wurden für die Errichtung von vier Kleinwasserkraftwerken 18 Mio. S ERP-Mittel für die Forstverwaltung Ligist sowie drei private Elektrizitätsversorgungsunternehmen bereitgestellt.

Im Rahmen der Investitionszuschußaktion für den Bau von Wärmeverteilnetzen, die auf die Förderung des Ausbaues der Fernwärmeversorgung im Bereich neu errichteter Heizkraftwerke bzw. aus geothermischen Quellen oder aus industriellen Anlagen zur Nutzung industrieller Abwärmen abzielt, hat die Steirische Wasserkraft und Elektrizitäts-AG für den Bau eines Fernwärmenetzes im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Voitsberg 3 einen verlorenen Zuschuß in Höhe von 4 Mio. S erhalten.

Bis zum Ende der Legislaturperiode sind im Rahmen des Wirkungsbereiches des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie derzeit folgende Förderungen geplant:

- Im Rahmen der oben angeführten Förderungsaktion für den Ausbau von Wärmeverteilnetzen werden die Grazer Stadtwerke für den Fernwärmenetzausbau im Stadtgebiet Graz im Zusammenhang mit der Errichtung des Fernheizkraftwerkes Süd in Mellach einen Investitionszuschuß in Höhe von 5 % der förderungswürdigen Investitionssumme erhalten. Weiters sind im Rahmen dieser Aktion In-

- 8 -

vestitionszuschüsse für die Fernwärmeprojekte Weißkirchen, bei dem industrielle Abwärme aus dem Talkumwerk Naintsch genutzt wird, Bruck an der Mur, Deutschlandsberg und Loipersdorf vorgesehen.

- Im Rahmen der Gewährung von Investitionszuschüssen an industrielle Betriebe zur Anschaffung von Meßgeräten für die Überwachung des innerbetrieblichen Energieflusses wird die Firma Kartonfabrik Mayr-Melnhof für das beantragte Projekt einen Investitionszuschuß von etwa 30 % der Investitionssumme erhalten.

Die Ende 1979 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Einsparung von Energie gemäß Artikel 15a B-VG ist am 15. August 1980 in Kraft getreten.

Elektrizitätsversorgungsunternehmen können gemäß Energieförderungsgesetz 1979 steuerfreie Rücklagen im Ausmaß von 50 v.H. des Gewinnes aus ihrem Betrieb bilden, die bis zum Ablauf des fünften Wirtschaftsjahres nach Bildung der Rücklage bestimmungsgemäß verwendet werden müssen, das heißt für die vom Gesetz taxativ genannten Aufwendungen zu verwenden sind.

Außerdem ermäßigt sich für Elektrizitätsversorgungsunternehmen die Gewerbekapitalsteuer für den der Stromabgabe an Dritte dienenden Teil des Vermögens auf die Hälfte der gesetzlichen Beträge. Steuerliche Begünstigungen sind gemäß dem oben zitierten Gesetz auch für Kleinkraftwerke, für den Bau von Fernwärmeanlagen und für den Bau von Anlagen zur Übernahme, Speicherung, Fortleitung und Abgabe von Gas vorgesehen.

Diese steuerlichen Begünstigungen im Rahmen des Energieförderungsgesetzes werden voraussichtlich von der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG (STEWEG) für die Projekte Wasserkraftwerk Bodendorf, Wasserkraftwerk Spielfeld und Fernheizkraftwerk Süd,

- 9 -

von der Steiermärkischen Elektrizitäts-AG (STEG) für das Kraftwerk Weinzödl, von der Steirischen Ferngas, der Ortsgasversorgung Steiermark sowie den Stadtwerken Kapfenberg für diverse Gasnetzinvestitionen und von den Stadtwerken Leoben für diverse Strom- und Gasnetzinvestitionen in Anspruch genommen werden. Das Gesamtausmaß der bisherigen Inanspruchnahme des Energieförderungsgesetzes 1979 ist dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nicht bekannt.

Gemäß dem inzwischen ausgelaufenen Elektrizitätsförderungsgesetz 1969 konnten Elektrizitätsversorgungsunternehmen steuerfreie Rücklagen im Ausmaß von 40 v.H. des Gewinnes aus ihrem Betrieb bilden, die bis zum Ablauf des dritten Wirtschaftsjahres nach Bildung der Rücklage für die vom Gesetz taxativ genannten Zwecke verwendet werden mußten.

Außerdem ermäßigte sich für Elektrizitätsversorgungsunternehmen die Gewerbesteuer für den der Stromabgabe an Dritte dienenden Teil des Vermögens auf die Hälfte der gesetzlichen Beträge. Besondere steuerliche Begünstigungen waren gemäß dem oben zitierten Gesetz auch für Kleinkraftwerke vorgesehen.

Das Gesamtausmaß der Inanspruchnahme des EFG 1969 ist dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nicht bekannt. Es sei nur beispielsweise darauf hingewiesen, daß die Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG (STEWEG) in ihrem Jahresabschluß 1979 die Bildung einer EFG-Rücklage in Höhe von 194,4 Mio. S ausweist.

Mit der Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung wurden seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung der 220/380 kV-Hochspannungsfreileitung, verlaufend von Obersielach (Kärnten) bis nach Kainachtal (Steiermark), zur Energieabstützung des Großraumes Graz geschaffen. Diese Hochspannungsfreileitung wurde

- 10 -

von der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) projektiert bzw. realisiert (Gesamtkosten 393 Mio. S, davon in den Jahren 1979/80 4,1 Mio. S).

Die Steirische Ferngas Ges.m.b.H. hat gemäß § 5 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. Dezember 1935 (Energiewirtschaftsgesetz) eine Konzession zur Flächenversorgung von Teilen des Bundeslandes Steiermark mit genau umrissenem Versorgungsgebiet für den Erdgashochdrucksektor zugesprochen erhalten. Es handelt sich dabei vorerst um eine Teilbereinigung der anstehenden Probleme in diesem Bundesland, doch sind hinsichtlich diverser einander zum Teil widersprechender, weiterer Konzessionsansuchen derzeit intensive Erhebungen im Gange.

Aus Mitteln der Bergbauförderung wurden in den Jahren 1979 bis 1981 der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft 275,915 Mio. S, der Marienhütte 0,800 Mio. S und der VOEST-Alpine 2,230 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Aus Mitteln zur Vollziehung des Lagerstättengesetzes, aufgrund dessen 1978 die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und mineralischen Rohstoffen begonnen wurde, wurden Projekte im Bundesland Steiermark seit 1979 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Höhe von insgesamt 2,5 Mio. S finanziert.

Außenhandel

In der laufenden Legislaturperiode nehmen die Bemühungen um die Förderung der Ausfuhren einen besonderen Stellenwert ein. Obwohl diese Bestrebungen meistens die gesamte Volkswirtschaft umfassen und daher Leistungen für einzelne Bundesländer vielfach nicht

isoliert gesehen und vor allem quantifiziert werden können, lassen sich doch folgende Maßnahmen, die schwerpunktmäßig besondere Auswirkungen auf das Bundesland Steiermark haben, auf dem Sektor des Außenhandels anführen:

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war um die Durchsetzung von Exportinteressen und Unterstützung bei der Aufnahme bzw. Abwicklung von Kooperationen österreichischer Firmen mit ausländischen Partnern in Ländern des Staatshandelsbereiches bemüht. Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, daß die anlässlich der Grazer Messe alljährlich abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen mit Jugoslawien, die insofern von Bedeutung sind, als die von Jugoslawien für diese Messengeschäfte gewährten Erleichterungen die zusätzliche Ausfuhr österreichischer Waren ermöglichen, 1980 einen Umfang von rund 100 Mio. S erreichten.

Was die Baulichkeiten der Grazer Südost-Messe anlangt, hat mein Ressort seit 1977 Zuschüsse zu den Planungskosten für die Sanierung und den Umbau der Halle 1 in Gesamthöhe von 2 Mio. S gewährt, wovon in der laufenden Legislaturperiode - und zwar am 2. April 1981 - noch 250.000 Schilling zur Auszahlung kamen. Ein weiterer Zuschuß in Höhe von 153.226,-- S wird der genannten Messe als Zuschuß zu den Planungskosten für den Umbau der Hallen 8, 10 und 22 gewährt. 114.920,-- S wurden hiefür als a-conto-Zahlung am 26. Jänner 1981 flüssig gemacht.

Das Abkommen Österreich-EWG über die gegenseitige Anerkennung von Qualitätsweinen sowie der Briefwechsel über die Zulassung von österreichischem Wein mit mehr als 15 Grad Alkoholgehalt zum Import in die Gemeinschaft, die voraussichtlich im Oktober d.J. unterzeichnet werden, werden zweifelsohne auch für die steirische Weinwirtschaft Vorteile bieten.

- 12 -

Aber auch in der Frage der Zulassung österreichischer Schlachthöfe für den Export von Frischfleisch in die Gemeinschaft konnte Positives erreicht werden. Hier waren und sind die zuständigen österreichischen Stellen bemüht, die Zulassung von zusätzlichen - auch steirischen - Schlacht- und Zerlegungsbetrieben für den Export von Fleisch in die Gemeinschaft zu erwirken bzw. den derzeitigen Status möglichst lange aufrecht zu erhalten. Es konnte dabei erreicht werden, daß die entsprechende EG-Richtlinie voraussichtlich erst mit 1.1.1982 in Kraft tritt und sohin die Übergangsfrist, während der von den EG-Mitgliedstaaten zum Export zugelassene österreichische Betriebe weiter liefern können, bis Mitte 1982 läuft.

Was schließlich die Eisen- und Stahlindustrie anlangt soll nicht unerwähnt bleiben, daß aufgrund des Antidumpinggesetzes 1971 in den Jahren 1979 und 1980, wie schon 1978, Verordnungen des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über die Erhebung eines Antidumpingzollens bei der Einfuhr von Baustahlgittern mit Ursprung in Italien dem Schutz der inländischen Erzeuger von Baustahlgittern, insbesondere auch mit Sitz in der Steiermark, ergingen. Derzeit ist ein weiteres Ermittlungsverfahren betreffend die Einfuhr von Baustahlgittern mit dem Ursprung in Italien im Gange.

Bei den Tagungen des Gemischten Ausschusses Österreich-EGKS, bei den Kontaktgesprächen mit der EGKS und in den laufenden Kontakten mit der EG-Kommission sowie - in den jeweils erforderlichen Fällen - auch mit den betroffenen EG-Mitgliedstaaten werden die Interessen der österreichischen Stahlindustrie vertreten, was aufgrund der regionalen Struktur dieser Industrie insbesondere auch der Steiermark zugute kommt.